

Frau Sauer nimmt kurz zu ihrem Antrag Stellung. Bereits mehrfach sei das Thema im Kreistag angesprochen worden – bisher ohne konkretes Ergebnis. Daher erfolgte die Empfehlung, das Thema auch in den einzelnen Gemeinden anzusprechen.

Der Bürgermeister skizziert kurz den Stand der Dinge. Insbesondere verweist er auf die Ausführungen in der Verwaltungsvorlage und zitiert hieraus. Außerdem verweist er auf die Historie. Wie auch immer gestartet wurde – ob als Optionskommune oder als Jobcenter – sei dieser Start „von Null“ erfolgt. So sei jeder von seinem Modell überzeugt. Diese Erfahrungen seien jedoch im Moment wenig hilfreich, da jetzt ein „Umstieg“ erforderlich sei, über den es ja bekanntermaßen keine Erfahrungen gebe. Unter Hinweis auf die in der Vorlage genannte Terminfolge weist er noch einmal nachdrücklich darauf hin, dass die Gemeinde nicht entscheidungsbefugt sei, sondern der Kreis. Dieser werde nach heutigem Kenntnisstand seine Entscheidung Ende Oktober 2010 treffen. Zuvor werde der Landrat am 7.10.2010 die „kollegiale“ Meinung der Bürgermeister hierzu einholen. Der Landrat sei noch mit verschiedenen Stellen in Abstimmungsgesprächen. Dier hieraus gewonnenen und für die Entscheidung relevanten Informationen würden gem. Aussage Landrat im September diesen Jahres vorliegen.

Frau Sauer spricht noch einmal kurz einen möglichen Wechsel zum Modell der Optionskommune an. In diesem Falle sei neue Hard- und Software sowie die manuelle Eingabe eines jeden einzelnen Falles erforderlich. Diese Kosten würden sich in Millionenhöhe bewegen. Die Gefahr von Übertragungsfehlern sei vorhersehbar.

Frau Miethke wundert sich über die zwar umfangreiche aber wenig aussagekräftige und zu verfrühte Vorlage, obwohl zum heutigen Zeitpunkt nach wie vor noch keine Klarheit bestehe. Die Informationen seien letztendlich auch nicht ausreichend.

Der Bürgermeister erklärt, das man das zur Verfügung gestellt habe, was verfügbar sei. Im übrigen bezieht er sich auf seine vorherigen Ausführungen.

Herrn Fürbass ist es unverständlich, warum der Rat mit der Angelegenheit befasst wird, obwohl er nicht zuständig ist und nur die Bürgermeister kollegial befragt werden sollen. Andere Anträge würden wegen Arbeitsüberlastung nicht bearbeitet. Er beantrage festzustellen, dass hier keine Zuständigkeit des Rates besetzt.

Herr Zielinski ist anderer Auffassung und froh über die rechtzeitige und ausführliche Information, bevor das zuständige Gremium entscheide. Bei Betrachten der Ausführungen lasse sich für ihn die Quintessenz ableiten, dass das Optionsmodell wesentliche Vorteile bringe, da mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten beständen. Die Bedenken von Frau Sauer hinsichtlich Hard- und Software teile er nicht. Man sei inzwischen in Verhandlungen, die bestehende Software zu übernehmen. Außerdem sei die Übernahme der Rohdaten vergleichsweise einfach. Diesbezüglich Kosten in Millionenhöhe zu vermuten, basiere eher auf falschen Informationen.

Auch Herr Meeser ist dankbar für die informative Vorlage. Er stelle sich die Frage, warum die Arbeitsagenturen keine Dienstleistungen zum Kauf anbieten würden. Außerdem wäre es wünschenswert, die Meinung des zuständigen Teamleiters zu hören.

Zum letzten Hinweis erklärt der Bürgermeister, dass der Teamleiter angestellt sei und Stellungnahmen eher von der Geschäftsführung einzuholen seien.

Herr Müller bezieht sich auf die Aussage von Frau Sauer, wonach der Kreistag beschlossen habe, die Angelegenheit in den Räten zu diskutieren. Er fragt konkret nach, wer die Empfehlung ausgesprochen habe. Frau Sauer erklärt, dass im Kreistag beschlossen wurde, die Thematik weiterzugeben.

Herr Langer bedankt sich ebenfalls für die informative Vorlage. Ergänzend stellt er den Antrag, dass der Rat rechtzeitig vor der Entscheidung des Kreistages ein Votum abgibt, wie sich die Gemeinde Eitorf in dieser Frage positioniere. Schließlich gehe es um einen erheblichen Kostenfaktor.

Herr Kemmler hält es für richtig, sich mit der Sache zu befassen. Für ihn sei eine Entscheidung heute zu früh. Insofern biete es sich an, dem Beschlussvorschlag zu folgen.

Herrn Sonntag fehlen zum heutigen Zeitpunkt noch wesentliche Informationen, um sich in der Sache eine richtungsweisende Entscheidung zu treffen. Er halte es auch für richtig, wie von der FDP im Antrag formuliert, ein Votum zu verabschieden. Diesbezüglich sehe er aber eine Diskrepanz zwischen FDP-Antrag und Beschlussempfehlung in der Verwaltungsvorlage.

Der Bürgermeister erklärt, dass er gegenüber dem Landrat ein Votum als Chef der Verwaltung abgebe. Unabhängig sei es jedoch diesem Gremium unbenommen, seine Position darzulegen und dies zu artikulieren. Werde ein Votum beschlossen, trage er dieses auch weiter. Vorfestlegungen seien nach Auffassung des Kreises nicht hilfreich. Insofern habe man zunächst die Beschlussempfehlung wie formuliert in die Vorlage aufgenommen. Zum jetzigen Zeitpunkt würde ein Votum keinen Sinn machen.

Herr Fürbass kritisiert nochmals, dass der Rat nicht zuständig sei und drängt auf eine Feststellung dieser Tatsache.

Der Bürgermeister stellt klar, dass die Zuständigkeit des Kreises völlig unstrittig sei. Niemand könne aber dem Rat verbieten, seine Meinung in dieser Frage zu äußern.

In weiteren Wortbeiträgen wird ein mögliches Votum weiter thematisiert.

Herr Gräf ist der Meinung, dass der Bürgermeister sicher ein Votum des Rates auch an die Entscheidungsträger weitergibt. Der Bürgermeister gibt jedoch zu bedenken, dass die vorgetragene Meinung des Rates und des Bürgermeisters „zwei verschiedene Paar Schuhe“ sein können. Frau Zorlu macht deutlich, dass vor einem Votum die nötigen Informationen vorliegen müssten. Auch Herr Zielinski hält ein Votum für das Mindeste, was der Rat machen kann. Auch er hält ein Votum erst zu einem angemessenen Zeitpunkt für sinnvoll. Dieser sei beispielsweise dann gegeben, wenn alle Fraktionen das Gefühl haben, ausreichend informiert zu sein. Ein Votum, so Herr Sonntag, müsse nach Vorlage aller Entscheidungsgrundlagen und vor der Entscheidung durch den Kreistag erfolgen.

Der Bürgermeister fasst das Beratungsergebnis zusammen. Er formuliert einen Beschlussvorschlag, den er wie folgt zur Abstimmung stellt.

